

Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Angela Merkel, zur aktuellen politischen Situation und zu den Koalitionsverhandlungen

– Redigierte Mitschrift –

Bundesausschuss,
Berlin,
14. November
2005

Lieber Volker Kauder, liebe Freunde, meine Damen und Herren! Wir haben uns hier heute zum Kleinen Parteitag versammelt, um über den Koalitionsvertrag mit den Sozialdemokraten zu befinden. Dieser Koalitionsvertrag liegt Ihnen vor. 18 Arbeitsgruppen, an denen jeweils sechs Vertreterinnen und Vertreter der Unionsseite teilgenommen haben, haben an 26 Tagen hart gearbeitet, und viele andere haben bei den vorbereitenden Positionierungen mitgewirkt. Als allererstes möchte ich all denen, die viele Stunden lang verhandelt haben, stellvertretend Volker Kauder, der für die CDU die so genannte Steuerungsgruppe geführt hat, und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein ganz herzliches Dankeschön sagen. Es steckte viel Arbeit darin!

(Beifall)

Diese Koalitionsvereinbarung ist das Ergebnis eines gemeinsamen Ringens von CDU, CSU und SPD. Unserer Tradition entsprechend hat gestern die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Votum abgegeben und zwar ein überzeugendes, einstimmiges, das wir in CDU und CSU auch als ein Stück Empfehlung betrachten, denn in der Geschichte der Union hat immer zuerst die Bundestagsfraktion über Koalitionsvereinbarungen befunden.

Das zeigt, dass die Bundestagsfraktion das Bindeglied zwischen den Unionsparteien ist. Dennoch werden wir auch Sie heute um eine Entscheidung zu dieser Koalitionsvereinbarung bitten.

Wir befinden uns heute, am 14. November 2005, fast zwei Monate nach der Bundestagswahl. Es war eine Bundestagswahl, bei der die Wählerinnen und Wähler in Deutschland uns zur stärksten Kraft gemacht haben. Bei dieser Bundestagswahl haben uns die Wählerinnen und Wähler aber nicht das Ergebnis verschafft, das wir uns erhofft hatten.

Nach dieser Wahl ist aber dennoch klar, dass wir einen Auftrag haben: Als stärkste Kraft haben wir den Auftrag, die Regierung zu bilden. Nach der Wahl haben wir genau das in Angriff genommen. Sie wissen, das war am Anfang nicht einfach. Wie Sie wissen, hat Deutschland seit mindestens sechs Monaten keine handlungsfähige Regierung mehr. Die Menschen im Lande warten auf politische Entscheidungen. Wenn man ins Ausland, wenn man nach Europa schaut, dann erkennt man, dass die Erwartungen an eine handlungsfähige deutsche Regierung mindestens so groß sind wie im Inland.

Es ist relativ müßig, heute darüber zu befinden, ob die Wählerinnen und Wähler bewusst oder unbewusst eine Große Koalition gewählt haben. Tatsache ist zunächst einmal: Sie haben Rot-Grün abgewählt und dem Land damit einen großen Dienst erwiesen.

(Beifall)

Sie haben uns aber auf der anderen Seite nicht das Votum für die von uns gewünschte Koalitionskonstellation gegeben. Wir haben eine Koalition mit der FDP angestrebt. Dies ist nicht möglich. Was heißt politisch verantwortliches Handeln in einer solchen Situation, also unter solchen Bedingungen? Das ist die Frage, vor der wir standen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Wir hätten sagen können: Wir geben den Wählerauftrag zurück. Das hätte nichts anderes als Neuwahlen bedeutet. Ich glaube, das wäre ein verheerendes Signal an die Menschen in unserem Land gewesen. Wir haben die Aufgabe, ihrem Votum zu folgen.

(Beifall)

Wir haben uns die Konstellationen angeschaut. Wir haben sondiert, ob eine Konstellation Liberale/Union/Grüne möglich ist. Ich habe an diesen Sondierungsgesprächen

teilgenommen. Ich kann nur sagen: Die Grünen haben es nicht gewollt. Nach meiner Auffassung hätte es deshalb auch keine stabile Konstellation gegeben, in der verantwortliches Handeln für unser Land möglich gewesen wäre. Es hat die Möglichkeit gegeben, dass die SPD mit den Linken oder anderweitig eine Minderheitenkonstellation bildet. All das würde ebenfalls nicht den Anforderungen der Wählerinnen und Wähler gerecht. Ich sehe als einzige verantwortbare Perspektive – auch aus staatspolitischer Notwendigkeit – die Möglichkeit einer Großen Koalition. Das war der Grund, weshalb wir in diese Verhandlungen gegangen sind und Koalitionsverhandlungen mit den Sozialdemokraten aufgenommen haben.

Wir beenden damit im Übrigen eine Oppositionszeit, die für eine Volkspartei die kürzeste in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist. Das waren sieben Jahre Opposition. Alle anderen Phasen von Regierungswechseln haben länger gedauert. Das heißt, wir stellen uns unserer Verantwortung. Dazu will ich eines vorweg sagen: Nichts, aber auch gar nichts, was wir in unserem Regierungsprogramm für richtig befunden haben, ist dadurch, dass wir in den Koalitionsverhandlungen nicht alles durchsetzen konnten, falsch geworden. Wir stehen zu dem, was wir aus Überzeugung im Regierungsprogramm für richtig gehalten haben. Das ist gar keine Frage.

(Beifall)

Aber Politik ist eben nicht die Kunst des Wünschbaren, sondern – um mit unserem ersten Vorsitzenden, Konrad Adenauer, zu sprechen – die Kunst des Möglichen. Weiter: „Das heißt, sie muss mit einem gesunden Realismus ihr Handeln den Gegebenheiten anpassen.“ So hat es Konrad Adenauer schon zu Beginn der Republik beschrieben.

Unter diesem Aspekt müssen wir uns heute auch vor Augen führen: Was haben wir erreicht? Was können wir durchsetzen? Wie können wir an die Arbeit gehen? Ich habe mir unter diesem Aspekt ein Flugblatt zu unserem Regierungsprogramm angeschaut, das wir im Wahlkampf verwendet haben. In diesem Flugblatt hieß es: „Deutschlands Chancen nutzen“. Dort hieß es: Wir stehen für einen Wechsel, und zwar in Bezug auf vier Punkte: Erstens: Wechsel hin zu Klarheit und Verlässlichkeit. Zweitens: Wechsel hin zu Arbeit und Wachstum in diesem Land. Drittens: Wechsel hin zu einer Zukunft für Familien und Kinder. Viertens: Wechsel hin zu Zuversicht und Chancen, das heißt für eine bessere Politik.

Lassen Sie uns das einmal Revue passieren. Führen wir uns dieses Flugblatt noch einmal vor Augen und fragen wir uns, was das bedeutet. Zunächst der Wechsel hin zu Klarheit und Verlässlichkeit. Wir haben bereits vor Beginn der Koalitionsverhandlungen und dann an ihrem Anfang Wert darauf gelegt, dass die Politik nicht schon wieder mit einer Lüge beginnt, dahingehend, dass wir uns die Realität nicht in vollem Umfang vor Augen führen. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn ich manche Kritik dieser Tage höre, dann habe ich den Eindruck: Manch einer macht sich die Realität dieses Landes immer noch nicht ausreichend klar. Es wäre aber ganz falsch gewesen, mit den Sozialdemokraten einen Weg zu beginnen, ohne dass man sich anschaut, wo wir stehen und welche Probleme wir haben. Ein wichtiger Punkt dabei ist die Lage des Haushaltes. Daran kommt keiner vorbei, wer sich ehrlich machen will und feststellen möchte, wo wir stehen und wo der Ausgangspunkt ist.

(Beifall)

Ich will an dieser Stelle auch sagen: Für uns war solide Haushaltspolitik immer ein Markenzeichen. Da geht es nicht um Erbsen zählen, da geht es nicht um kleinkariertes Rechnen, sondern um die Frage: Wie halte ich es eigentlich mit der Zukunft? Wie viel Verantwortung übernehme ich dafür, dass diejenigen Generationen, die nach uns kommen, ebenfalls noch Spielräume haben? Wir liegen schon heute bei einer Investitionsquote von unter 9 Prozent. Wir leben von der Substanz. Nach meiner festen Überzeugung und auch mit Blick auf die demographischen Probleme, die wir haben – ich erinnere an die Tatsache, dass wir zu wenig Kinder haben –, ist es am Anfang des 21. Jahrhunderts eine unbedingte Voraussetzung, klar zu sagen: Ja, wir stellen uns der Verantwortung; wir hören auf, von der Substanz zu leben. Im Übrigen sind wir von einem ausgeglichenen Haushalt noch weit entfernt. Aber wir bemühen uns wenigstens, wieder zu einer einigermaßen soliden Finanzpolitik zurückzufinden. Das heißt, dass wir wieder einmal endlich an unser Grundgesetz denken und verfassungsgemäße Haushalte abliefern, also so, dass wir nicht im Januar so tun, als könnten wir es, um dann im August mit Augenzwinkern zu sagen: Ach, nun ist uns aufgefallen, dass das doch nicht geht. Das zerstört den gesamten Glauben der Menschen an Politik. Deshalb haben wir hier auf einer Kehrtwende bestanden.

(Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle Roland Koch ganz besonders danken.

(Vereinzelt Beifall)

Er hat diese Dinge sehr verantwortungsvoll und sehr detailliert betrieben. Er hat von den Sozialdemokraten das klare Bekenntnis abverlangt, sich dieser Verantwortung zu stellen. Wenn wir uns das alles anschauen,

dann erkennen wir, dass wir im nächsten Jahr nicht in der Lage sind, einen verfassungsgemäßen Haushalt aufzustellen. Das heißt, wir müssen es für 2007 aber mit aller Kraft anstreben.

Ich bin nicht bereit – das war keiner in der Verhandlungsdelegation, das sage ich ganz klar –, auch im zweiten Jahr einer Regierung, die von der Union geführt wird, sehenden Auges wieder einen nicht verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen. Wir sind die Partei, die sich immer zum Grundgesetz bekannt hat. Das bedeutet ein Bekenntnis zum Grundgesetz in allen Facetten und nicht ein Bekenntnis nur dazu, was einem gerade einmal passt.

(Beifall)

Deshalb lag die Aufgabe vor uns, für das Jahr 2007 ein Defizit von 35 Milliarden Euro zu überbrücken. Dieser Aufgabe haben wir uns gestellt. Die Tatsache, dass das notwendig ist, hat manch einen überrascht. Ich sage: Es hat uns alle ein Stück überrascht, dass es eine so große Aufgabe ist. Wir werden von diesen 35 Milliarden Euro 10 Milliarden Euro direkt einsparen, davon übrigens 8 Milliarden Euro im Bereich der sozialen Sicherungssysteme. Das ist eine unglaubliche Anstrengung. Damit muten wir auch vielen etwas zu. Wir werden einen Subventionsabbau in Höhe von 5 Milliarden Euro vornehmen. Was den Subventionsabbau angeht, wissen wir ganz genau: Wenn Windkraft- und andere Fonds geschlossen werden, dann mag das noch einigermaßen akzeptabel sein; beim Subventionsabbau in vielen anderen Bereichen ist die Freude bei den Betroffenen schon nicht mehr ganz so groß. Das heißt, diese Sache ist politisch schon sehr viel schwieriger.

15 Milliarden Euro von den 35 Milliarden Euro erwirtschaften wir durch Einsparungen. Wir sorgen für Einnahmeverbesserungen in Höhe von 10 Milliarden Euro, was im Zuge ei-

ner Mehrwertsteuererhöhung um 2 % möglich wird. Wir haben dann noch 10 Milliarden Euro für Einmaleffekte, also durch den Verkauf von Bundesvermögen, zur Verfügung.

Liebe Freunde, wir haben viel darüber diskutiert, ob diese Sparanstrengungen groß genug sind. Dazu kann man sicherlich manches sagen. Eine der Fragen war zum Beispiel: Wollen wir die Renten kürzen? Wollen wir Familienleistungen kürzen? Wollen wir Investitionen kürzen? Das aber scheidet aus, weil dadurch die Spielräume zur Neuverschuldung geringer würden. Wir haben uns das nicht leicht gemacht. Aber nach meiner Auffassung – darauf komme ich zurück, wenn ich später über die Rentenreform spreche – haben wir uns zu Recht entschieden, die Renten über das notwendige Maß an Reformen nicht zu kürzen. Wenn man so vorgeht, dann sind die Spielräume des Bundes ausgesprochen gering, denn wenn man sich mit dem Bundeshaushalt beschäftigt, dann stellt man fest, dass es da fast keine Möglichkeiten mehr gibt.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Fachleute, die ich wirklich schätze, haben öffentlich erklärt, man könne Subventionen in Höhe von 40 Milliarden Euro sparen; 11 Milliarden Euro davon seien schon bei der Eigenheimzulage zu holen. Das Ganze haben sie im Hinblick auf den Haushalt 2007 gesagt. Dem kann ich nur entgegnen: In einer seriösen öffentlichen Diskussion kann ich schon erwarten, dass denjenigen, die so etwas sagen, bekannt ist, dass die eine Hälfte der durch den Wegfall der Eigenheimzulage frei werdenden Mittel den Ländern zusteht und die andere Hälfte dem Bund. Das heißt, der Bund bekommt – innerhalb von acht Jahren – 5,5 Milliarden Euro. Er bekommt also im ersten Jahr 500 Millionen Euro und nicht mehr. Man kann daher nicht so tun, als könnte man einmal ganz locker 35 Milliarden Euro einspa-

ren. Ich finde, in die öffentliche Diskussion muss eine neue Redlichkeit einziehen, sonst kommen wir in diesem Land nicht weiter.

(Beifall)

Mit diesen Planungen haben wir dann trotzdem Wege gefunden, Politik zu gestalten. Das ist wichtig. Politische Kraft kann sich nicht im Sanieren erschöpfen, sondern sie muss auch investieren und reformieren. Dazu werde ich später mehr sagen.

Wir haben uns entschieden, keine Rentenkürzungen vorzunehmen. Aber wir schlagen Ihnen heute eine Rentenreform vor, wie wir sie auch dann nicht besser hätten machen können, wenn wir allein regierten. Wir verlängern die Lebensarbeitszeit und setzen damit die Vorschläge der Herzog-Kommission eins zu eins um. Wir berücksichtigen den Nachhaltigkeitsfaktor, der den demographischen Gegebenheiten Rechnung trägt. Außerdem sorgen wir für einen so genannten nachholenden Nachhaltigkeitsfaktor. Das heißt, wenn die Renten in einem Jahr aufgrund des Nachhaltigkeitsfaktors eigentlich gekürzt werden müssten – was wir nicht tun – und wenn in einem anderen Jahr eine Rentenerhöhung möglich wäre, dann wird eine solche Rentenerhöhung nicht stattfinden, weil dies mit den vorherigen Jahren verrechnet wird. Das wiederum wird dazu führen, dass für die Rentnerinnen und Rentner in den nächsten Jahren kaum Rentensteigerungen möglich sind. Das ist ganz einfach so. Wir stellen uns damit der Realität des demographischen Wandels in einer verantwortlichen Weise. Ich glaube, das gehört zu den wirklich verantwortbaren, klaren und verlässlichen Ergebnissen dieser Koalitionsvereinbarung.

An anderer Stelle, bei Pflege und Gesundheit, haben wir gemerkt, dass wir mit

unseren sehr unterschiedlichen Konzepten in vier Wochen keine vernünftigen Lösungsmöglichkeiten finden. Bevor wir irgendwelche Zugeständnisse gemacht haben, haben wir eine Aufgabe formuliert; denn wir wollen vier Jahre mit den Sozialdemokraten regieren. Ich habe in der Fraktion gestern scherzhaft gesagt: Wenn man sich vor Augen führt, wie lange die Union, CDU und CSU, miteinander gebraucht haben, um sich auf einen Kompromiss beim Prämienmodell zu verständigen, dann konnte man wirklich nicht davon ausgehen, dass man das mit den Sozialdemokraten innerhalb von vier Wochen schafft. Insofern muss hier weiter hart gearbeitet werden; denn ohne eine Strukturreform in den Bereichen Pflege und Gesundheit werden wir unseren Ansprüchen an Regierungsarbeit und auch an den Haushalt nicht gerecht werden. Deshalb besteht ein starker Handlungszwang für das erste Regierungsjahr. Aber ich halte das für allemal besser, als jetzt einen Schnellschuss zu machen, der keine zwei Wochen lang trägt und der unsere Prinzipien verrät. Wir haben also eine klare Aufgabe.

Liebe Freunde, wenn es um Klarheit und Verlässlichkeit geht, dann geht es auch um die Europapolitik und die Außenpolitik, die in dieser Koalitionsvereinbarung vernünftig und richtig formuliert sind. Es geht um eine Verbesserung des transatlantischen Verhältnisses. Es geht auch um eine stärkere Kooperation mit den kleineren Ländern in der Europäischen Union. Es geht um eine unseren Ansprüchen entsprechende Formulierung, auch bezüglich der Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union. Hierzu wird ganz klar gesagt, dass es auf zwei Dinge ankommt: Erstens darauf, dass die Türkei die Beitrittskriterien erfüllt. Aber es kommt zweitens auch auf etwas anderes an – da beginnen die Unterschiede –: Es

kommt auch auf die Integrationsfähigkeit der bestehenden Europäischen Union an.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben unsere Zweifel daran, dass das gegeben ist. Deshalb wird ausdrücklich gesagt: Wenn das nicht möglich ist, wenn die bestehende Europäische Union ein Land wie die Türkei also nicht aufnehmen kann, dann muss es ein privilegiertes Verhältnis mit der Türkei geben. Das ist etwa das, was wir immer gefordert haben. Auch das ist in unserer Koalitionsvereinbarung verankert.

Ich sagte es, in unserem Flugblatt hatten wir als zweites Ziel festgehalten, einen Wechsel hin zu Arbeit und Wachstum schaffen zu wollen. Denn eines ist klar: Am Ende der Großen Koalition, nach vier Jahren, werden wir nach einer einzigen Frage beurteilt werden: Geht es den Menschen in diesem Land besser? Haben mehr Menschen Arbeit? Haben die Menschen Arbeit, von der sie leben können? Haben die Menschen anspruchsvolle Arbeitsplätze? Haben sie zukunftsfähige und sichere Arbeitsplätze? Es geht um mehr Teilhabe. Es geht darum, dass wir es schaffen, den Menschen wieder Licht am Ende des Tunnels zu zeigen. Es geht darum, zu zeigen, dass Politik gestalten kann, auch in Zeiten der Globalisierung. Viele glauben daran leider nicht mehr.

Sicherlich auch deshalb waren diese Verhandlungen mit die schwierigsten, insbesondere im Bereich des Arbeitsrechts. Unsere Überzeugung ist nämlich: Flexibilisierung des Arbeitsrechts ist ein Meilenstein und eine wichtige Weichenstellung, um im globalen und im europäischen Maßstab wieder besser dazustehen, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Hier hat man ganz genau gemerkt, dass die Überzeugungen von uns, von der Union, und die Überzeugungen der Sozialdemokraten weit

auseinander gehen. Diese Verhandlungen gehörten sicherlich zu den schwierigsten. Ich möchte Ronald Pofalla dafür ganz herzlich danken. Er hat Stunden und Aberstunden – ich glaube, es waren zum Schluss mehr als 50 – mit den anderen verbracht, um das zu erreichen, was wir erreicht haben.

(Beifall)

Dazu sagen wir alle miteinander, nicht nur ich: Da hätten wir gerne mehr erreicht. Das ist überhaupt keine Frage. Dass wir bei den betrieblichen Bündnissen für Arbeit nicht vorangekommen sind, das heißt nicht, dass wir das deshalb für falsch halten. Dass wir nicht mehr erreicht haben, das ist schade. Ich sage aber auch: Wir werden da ganz klar am Ball bleiben. Wir werden das Gespräch mit den Gewerkschaften suchen; wir werden das Gespräch mit den Arbeitgebern suchen. Die Frage von Flexibilität und auch von Zutrauen in die Kraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Betriebsräte ist aus meiner Sicht in der Globalisierung von entscheidender Bedeutung. Man muss dieses dicke Brett bohren und man darf nicht aufhören, es zu tun. Dennoch konnten wir bis jetzt noch nicht mehr erreichen. Das einzuräumen gehört auch zur Wahrheit. Ich will das überhaupt nicht schönreden.

Aber, meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir haben andere Dinge erreicht. Wir haben erreicht, dass wir 1 Prozent der Mehrwertsteuererhöhung plus Strukturmaßnahmen bei der Bundesagentur für Arbeit so zusammenbringen können, dass wir zu einer 2-prozentigen Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung kommen werden. Liebe Freunde, es war einer der Kernpunkte unseres Regierungsprogramms und unseres Wahlkampfes, dafür einzutreten, die Lohnzusatzkosten zu senken. Wenn

das nicht geschieht, werden wir gerade bei den einfachen Tätigkeiten überhaupt keine Chance mehr haben, wettbewerbsfähig zu sein. Dass wir hierbei einen Einstieg geschafft haben, halte ich für einen Riesengewinn und für eine deutliche Handschrift der Union. Deshalb muss das unbedingt kommen, umgesetzt und weitergeführt werden. Auch da werden wir nicht lockerlassen.

(Beifall)

Beim Kündigungsschutz haben wir eine Neuerung erreicht, die ich für sehr vernünftig halte: Es wird in Zukunft eine Probezeit von zwei Jahren geben.

(Zuruf)

Da sagt gerade jemand: Das gibt es auch schon heute. Heute gibt es die dreimalige grundlose Befristung. Jetzt werde ich Ihnen den Unterschied erklären – es ist gut, dass wir darüber sprechen –: Wenn man dreimal befristet – sechs Monate, sechs Monate, zwölf Monate –, dann hat man jeweils die Pflicht – das ist auch für den Mittelstand der Punkt –, die betreffende Person sechs Monate lang zu beschäftigen. Das heißt, man kann am Ende von sechs Monaten kündigen, man kann dann wiederum nach sechs Monaten kündigen und man kann erneut nach zwölf Monaten kündigen. In Zukunft kann man innerhalb einer 14-tägigen oder sonstigen Befristung kündigen. Man ist also voll flexibel und ist an keinerlei Befristungen gebunden. Das ist ein Fortschritt. Weite Teile der Wirtschaft haben uns deutlich gesagt – wir haben viele Gespräche geführt –, sie halten dies sogar für eine bessere Möglichkeit als das von uns vorgesehene Optionsmodell. Ich halte das für einen wichtigen Fortschritt, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir haben mit den Sozialdemokraten außerdem vereinbart – das ist ein Punkt, der uns sehr wichtig war –, dass wir EU-Richtlinien in Zukunft maximal eins zu eins umsetzen. Sie wissen, wie oft Rot-Grün draufgesattelt und Deutschland damit in eine schlechtere Position gebracht hat. Damit ist Schluss. EU-Recht wird eins zu eins umgesetzt, angefangen vom Antidiskriminierungsgesetz bis hin zu allen anderen Richtlinien. Ich glaube, das findet den ungeteilten Beifall.

(Beifall)

Wir haben ein klares Bekenntnis zum Bürokratieabbau verankern können, und zwar in zwei Richtungen: Zum einen wird es ein Artikelgesetz geben, das für den Mittelstand Erleichterungen bei Kontrollen, Statistikpflichten usw. schafft. Ich glaube, jeder, der in einem kleinen Betrieb arbeitet, weiß, welche Entlastung das heutzutage bedeuten kann. Aber – das hat Norbert Röttgen in ganz besonderer Weise vorangetrieben – wir werden an das Thema Bürokratieabbau neu herangehen. Denn auch wir wissen, dass das Stichwort „Bürokratieabbau“ heutzutage oft ein schönes Bekenntnis ist; aber kaum, dass es konkret wird, kennt jeder irgendjemand anderen, der etwas dagegen hat. Deshalb wird es im Kanzleramt eine Institution geben, die mit von außen kommenden Personen besetzt ist. Diese Institution wird zunächst einmal festlegen – so haben es die Holländer gemacht –, wie hoch die Bürokratiekosten eigentlich sind. Darüber gibt es ja immer wieder ganz unterschiedliche Auffassungen. Diese Kosten müssen einmal auf den Tisch. Dann muss man sich Reduktionsziele vornehmen, zum Beispiel in der Form, dass man sich vornimmt, die Bürokratiekosten zu halbieren. Das Ganze muss messbar sein, sodass der Erfolg von Bürokratieabbau und der ent-

sprechenden Gesetzgebung verifiziert werden kann. Die Holländer und die Briten haben damit jedenfalls sehr gute Erfahrungen gemacht. Wir werden das genauso machen. Bürokratieabbau wird also endlich kontrollierbar und ist nicht mehr nur etwas für Sonntagsreden. Ich halte auch das für einen ganz wichtigen Punkt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir werden eine Unternehmensteuerreform zum 1. Januar 2008 mit einer rechtsformneutralen Besteuerung schaffen. Da liegt viel Arbeit vor uns. Das stelle ich fest, nachdem ich mir angeschaut habe, welche Interessen da berücksichtigt werden müssen. Aber wir haben uns an verschiedenen Stellen, auch bei den Förderinstrumenten, in die Pflicht genommen, dafür zu sorgen, dass das klappt. Insofern sehe ich hier für eine Große Koalition eine echte Chance.

Wir haben uns bei unseren Schwerpunkten ganz besonders auf den Mittelstand konzentriert. Meine Damen und Herren, deshalb verstehe ich manche Kritik dazu nicht so ganz. Der Mittelstand hat natürlich die größten Schwierigkeiten, sich an die Globalisierung anzupassen. Da gibt es keine riesigen Rechtsabteilungen und keine riesigen Steuerabteilungen; vielmehr muss man alles, was heutzutage an Wissen zu bewältigen ist, wenn man in einer globalen Welt arbeitet, mit ziemlich wenig Personal schaffen. Deshalb haben wir gesagt: Unsere Forderungen müssen sich auf den Mittelstand konzentrieren. Wir werden die Erbschaftsteuer dahin gehend verändern, dass bei einbehaltenem Vermögen in Tranchen bis zu zehn Jahren keine Erbschaftsteuer mehr fällig ist. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Signal an Familienunternehmen, dass man im Lande bleiben kann.

(Vereinzelt Beifall)

Wir werden etwas machen bei der Soll- und Ist-Besteuerung, weil an dieser Stelle – gerade Anfang nächsten Jahres – den Unternehmen durch die 13. Beitragserhebung eine Menge Liquidität entzogen wird. Wenigstens an dieser Stelle kann man einen Teil dieser Liquidität den kleineren Unternehmen wieder zurückgeben. Wir werden etwas bei den degressiven Abschreibungen machen – befristet auf zwei Jahre –, um einen Investitionsschub in Gang zu setzen. Das sind drei Maßnahmen plus Bürokratieabbau, die auf den Mittelstand ganz wesentlich konzentriert sind.

Wir werden an einer Stelle einen Paradigmenwechsel vornehmen. Um diesen Paradigmenwechsel haben wir mit den Sozialdemokraten jahrelang gekämpft. Jeder, der erlebt hat, wie Frau Matthäus-Maier im Deutschen Bundestag gegen das Dienstmädchenprivileg geredet hat, weiß, wovon ich spreche. In Zukunft wird der Haushalt Arbeitgeber sein. Das ist ein ganz wichtiger Punkt in einer alternden Gesellschaft, in einer Dienstleistungsgesellschaft.

(Beifall)

Wir werden so vorgehen, dass einheitliche steuerliche Förderungsmöglichkeiten für drei verschiedene Felder vereinbart werden: für die Kinderbetreuung, für die Einstellung von Personal im Haushalt und für die Möglichkeit des Abzugs von Handwerkerrechnungen. Damit haben wir ein neues Beschäftigungsfeld herausgeholt aus der Schmutzedecke der gesellschaftlichen Diskussion und hineingebracht in den Arbeitsmarkt. Ich halte das für unsere Gesellschaft für ganz wesentlich. Ich bin darauf ein ganzes Stück weit stolz.

(Beifall)

Wir haben eine Menge geschafft, was die Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen

angeht. Unser Bundespräsident hat gesagt: Wir sind teurer als andere Länder und wir haben einen höheren Wohlstand; wenn wir das erhalten wollen, dann gibt es nur einen Weg: Wir müssen immer so viel besser sein, wie wir teurer sind. Was hindert uns daran? Daran hindert uns zum einen, dass die Fördermöglichkeiten, die finanziellen Faktoren, nicht ausreichend sind. Es gibt von dieser Koalition ein klares Bekenntnis dazu, im Jahre 2010 drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Technologieentwicklung aufzubringen. Der Bund wird seinen Anteil daran in den nächsten Jahren leisten. Das heißt, es wird sehr gute Zuwachsraten im Haushalt für Forschung und Technologie geben.

Wir wissen aber auch: Die Rahmenbedingungen sind oft nicht gut. Hier vorne sitzt Hans-Gert Pöttering. Auch Hartmut Nassauer ist da. Ich denke daher sofort an REACH, an die Chemikalienpolitik der Zukunft, an den Chemiestandort Deutschland. Er ist schwer in Gefahr. Wir haben mit den Sozialdemokraten eine Verhandlungslinie vereinbart. Mit dieser Linie können wir vor allen Dingen sicherstellen, dass sich die mittelständische chemische Industrie vor dieser Richtlinie nicht in dem Maße fürchten muss, wie sie es vorher musste. Um es einmal vorsichtig zu sagen: Ich halte die ganze Richtlinie nicht für besonders gelungen. Aber wir können jetzt eine Verhandlungsposition einnehmen, die sich von der von Rot-Grün deutlich unterscheidet. Ich bin den Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament, insbesondere Hartmut Nassauer, dankbar, dass er dort den Konsens mit den Sozialdemokraten gesucht hat. Das war ein großer Fortschritt.

(Vereinzelte Beifall)

Wir haben vereinbart, dass das Gentechnikgesetz wieder behandelt wird. Das heißt,

dass die Voraussetzungen für grüne Gentechnologie besser werden. Das hat auch auf die weiße Gentechnologie Auswirkungen. Es geht also um einen wichtigen Zukunftsbeereich. Außerdem haben wir in der Gesundheitsarbeitsgruppe für die forschenden Pharmaunternehmen bessere Bedingungen ausgehandelt. Es gilt also in Bezug auf verschiedene Felder die Sicherheit, dass die Stärken Deutschlands fortentwickelt werden und dass neue Stärken hinzugewonnen werden.

Als es um Wachstum und Arbeit ging, waren wir natürlich in keiner optimalen Lage. Wir mussten die Haushaltspolitik mit der Notwendigkeit zusammenbringen, einen Aufschwung mit großer Wahrscheinlichkeit hervorzubringen. Deshalb haben wir uns im Hinblick auf unsere Maßnahmen eine Abfolge überlegt. Diese Abfolge sieht vor, erst Anreize für Investitionen zu schaffen, erst Bürokratie abzubauen, um erst danach die Belastungen zu schaffen, das heißt die Mehrwertsteuererhöhung, gekoppelt mit der Entlastung bei den Lohnzusatzkosten, allerdings nicht in gleichem Umfang. Darüber kann man jetzt lange reden und man kann fragen, ob das alles optimal ist. Auch ich hätte mir einen anderen Haushalt gewünscht. Auch ich hätte mir gewünscht, einen anderen Haushalt vorzufinden. Aber wenn wir die Realität betrachten, dann erkennen wir, dass diese Abfolge – aus meiner Sicht – so gewählt ist, dass Deutschland die Chance zu einem Aufschwung hat.

Jetzt kann ich uns nur bitten – ich persönlich werde das sehr hart tun –: Wenn andere, die diesen Vertrag jetzt beurteilen, Kritik üben, dann ist das legitim, dann ist das möglich. Aber wenn dies in einer Art und Weise geschieht, dass damit die psychologische Notwendigkeit für einen Aufschwung und für das Ausstrahlen von Zu-

versicht völlig kaputt gemacht wird, dann werde ich als Politikerin zumindest dafür kämpfen, dass wir für dieses Land etwas zustande bringen und dass wir uns nicht dauernd alles mies reden. Diese Große Koalition hat eine Chance verdient, erst einmal etwas zu machen, bevor man das Urteil über sie spricht, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich bin wirklich eine Freundin der Wirtschaft. Aber wenn ich sehe, wie es Menschen, die in ihren eigenen Unternehmen haufenweise Probleme haben, locker über die Lippen kommt, was für unsinnige Vorschläge die Politik doch macht, dann kann ich nur sagen: Ich gestehe diesen Leuten zu, dass sie über ihre Probleme nachdenken. Ich halte mich zurück, wenn Tarifverträge abgeschlossen werden. Zu dem, was diesbezüglich in Deutschland geschieht, wäre mir schon so manches eingefallen. Aber ich erbitte ein kleines bisschen Ehrfurcht auch vor denjenigen, die Stunden und Aberstunden überlegt haben, wie sie Deutschland nach vorne bringen.

(Beifall)

Wir haben im Wahlkampf drittens einen Wechsel für Familien und Kinder versprochen. Der private Haushalt als Arbeitgeber ist ein Beitrag dazu. Wir haben uns für ein Elterngeld entschieden, das im Rahmen der Verhandlungen gegenüber dem, was die Sozialdemokraten vorgeschlagen hatten, deutlich umstrukturiert wurde. Damit versuchen wir, mit einem großen Problem in Deutschland fertig zu werden: Mit dem Zuwachs des Bildungsabschlusses nimmt die Zahl der Kinder, die in den jeweiligen Haushalten geboren werden, dramatisch ab. Ob dieses Mittel wirkt und ob wir an die Erfahrungen der Skandinavier anknüpfen können, müssen wir beobachten.

Ich finde ohnehin, dass wir in unserer Politik sehr viel stärker darauf schauen müssen, ob die Mittel und Methoden, die wir für notwendig halten, auch wirken. Wir müssen uns immer wieder vergewissern. Wir dürfen nicht Entscheidungen für Jahrhunderte treffen, sondern wir müssen darauf schauen, ob das gewählte Mittel einen Effekt hat oder nicht. Wir müssen darüber hinaus die Fähigkeit besitzen, umzudenken.

Wir haben etwas verankert, was ich mit Blick auf die Bewusstseinsbildung für sehr wichtig halte, nämlich ein Projekt, das sich mit dem Zusammenleben mehrerer Generationen befasst. Liebe Freunde, die Beantwortung der Frage, wie unsere Städte in Zukunft aussehen, und der Frage, ob Menschen einer jeweiligen Generation in Vereinzelung vor sich hin leben, oder ob es gelingt – auch wenn die Familien nicht mehr aus vielen Generationen an einem Ort bestehen –, dass Generationen ihre Erfahrungen miteinander austauschen können, wird entscheidend dafür sein, ob unsere Gesellschaft als menschlich wahrgenommen wird oder nicht. Deshalb finde ich es richtig, in der Familienpolitik den Akzent darauf zu setzen. Was Generationengerechtigkeit anbelangt, so ist alles das, was wir zum Rentensystem gesagt haben, ein Beitrag zur Problemlösung.

Vierter Punkt: Wir wollen einen Wechsel zu Zuversicht und Chancen. Liebe Freunde, wir wollen – so haben wir es im Wahlkampf immer wieder gesagt – zu den Gewinnern der Globalisierung gehören. Das entspricht im Augenblick nicht dem Empfinden der Menschen im Lande. Die Menschen haben den Eindruck, dass Globalisierung für sie eine Bedrohung ist; aber sie sehen nicht die Chancen. Wir werden im Bereich der Dienstleistungsrichtlinie noch intensiv darüber diskutieren können. Es gibt im Augenblick eine große Angst, dass andere zu uns

kommen und uns Arbeit wegnehmen. Es gibt ein viel zu geringes Selbstbewusstsein, dass wir auch anderen auf der Welt Arbeit und Dienstleistungen, die dann nachgefragt werden, bringen können.

Ich finde, wir sollten uns das Ziel setzen, bei Wachstum und Beschäftigung in den nächsten zehn Jahren weg von der „roten Laterne“ und hin zu einer Spitzenposition in Europa zu kommen. Wir gehören unter die ersten drei in Europa, nicht zu den letzten drei. Das muss zumindest unser Anspruch sein, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Das heißt: Wir müssen unseren Abwärtstrend stoppen. Wir müssen eine Trendumkehr schaffen. Wir müssen das Gefühl von mehr Sicherheit für den eigenen Arbeitsplatz und von mehr Schutz gegen Risiken bei Krankheit und Alter wieder festigen. Wir leben in einer Welt, die sich im Wandel befindet. Deutschland steht dabei nach meiner festen Überzeugung am Scheideweg.

Deshalb wird es notwendig sein, dass wir neben der Regierungsarbeit das tun, wovon Jürgen Rüttgers und ich schon letztes Jahr auf dem Parteitag in Düsseldorf gesprochen haben: Wir müssen der Welt im Wandel begegnen, indem wir neu darüber diskutieren, was unsere christdemokratischen Werte in dieser gewandelten Welt bedeuten. Deshalb sollten wir – das halte ich gerade in der Phase einer großen Koalition für sehr wichtig – eine Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm aufnehmen. Für mich gehört die Wahlanalyse, die wir am 5. Dezember vornehmen wollen, unmittelbar mit der Schlussfolgerung aus den Fragen zusammen: Was wollen wir in den nächsten Jahren tun? Was ist unsere Identität? Was bewegt uns? Was sind unsere Werte? Wie wollen wir sie durchsetzen? Was ist sozial gerecht in einer Welt

des Wandels? Was heißt generationengerecht? Dieser Diskussion werden und wollen wir uns stellen. Sie wird uns die Kraft und die Möglichkeit geben, in einer sehr pragmatisch ausgerichteten großen Koalition unsere eigene Identität zu kräftigen.

(Beifall)

Liebe Freunde, der Koalitionsvertrag, der Ihnen heute vorliegt, ist nicht der Abschluss, sondern der Anfang einer Regierungstätigkeit, wenn er Ihre Zustimmung findet. Er ist die Basis für die gemeinsame Arbeit. Er ist sozusagen der Ausgangspunkt für eine gemeinsame Wanderung mit einem Partner, mit dem wir über fast 40 Jahre lang in tiefste Kämpfe verstrickt waren. Das ist nicht einfach, aber die Verhandlungen haben gezeigt, dass es einen Geist der Gemeinsamkeit gibt und dass auch die anderen sich der Verantwortung stellen. Dieser Geist muss erhalten und gepflegt werden. Das kann unter unserer Führung geschehen. Unsere Verantwortung ist, für dieses Land und für die Menschen, die in ihm leben, Verbesserungen beizuführen.

Ich glaube, die Mannschaft, mit der wir antreten – mit Wolfgang Schäuble, mit

Franz-Josef Jung, mit Annette Schavan, mit Ursula von der Leyen, mit Thomas de Maizière, mit Horst Seehofer und Michael Glos –, kann sich sehen lassen. Ich sage ausdrücklich: Auch die Mannschaft der anderen zeigt das Bemühen, sich der gemeinsamen Verantwortung zu stellen. Das haben die Verhandlungen gezeigt. Deshalb meine ich, dass wir die Pflicht haben, alles daranzusetzen, dass in dieser Legislaturperiode statt eines Stillstandes, statt eines Zickzackkurses und statt Unberechenbarkeit, Verlässlichkeit und handwerklich ordentliche Arbeit einkehren, damit wieder Vertrauen in die Politik wachsen kann. Ich bin der Überzeugung: Wenn die Union an der Spitze der Verantwortung steht, wird es dem Lande besser gehen. Ich möchte mich dieser Verantwortung stellen, wir sollten uns dieser Verantwortung stellen. Deshalb bitte ich um Ihre Entscheidung. Ich werde dafür kämpfen, dass wir das durchsetzen können. Dies war nicht die letzte Kraftanstrengung, sondern wir werden uns weiter für die Menschen in diesem Lande einsetzen. – Herzlichen Dank.

(Die Delegierten erheben sich –
anhaltender lebhafter Beifall)